

Westarp

Das „Volkshblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen (Wirtschaft, Literatur, Kinderbeilage) sowie „Volk u. Welt“ (Literatur) angelegentliches Programm ist seit dem Rückzug des „Volkshblatt“ in das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und sozialistischen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden - Schriftleitung: Dora 42444, Postfach 2 Treppen, Fernsprech-Anschluss 24667, Postamt: Stützpunktverteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2 Mk. einschließlich Zustellungsgebühr für Abholer 1,80 Mk. Volkshauspreis monatlich 2 Mk. ab Volant od. v. Postboten ausgehelt 2,40 Mk. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,30 Mk. Einzelgenuss 12 Pfennig im Abonnement 2,40 Mk. im Postamt 2,60 Mk. - Druckverlag: Halle, Clara 42444, Fernruf 24 665. - Zweigstelle: Dr. Ulrichstraße 27 - Postfachkonto 20819 Erfurt

Westarp sorgt für die Rheinlandbesetzung.

Fühlbare Stöckung der Locarno-Politik infolge der zweideutigen Haltung der deutschen Nationalen Regierungspartei.

Heute Beginn in Genf.

(Von unserem Genfer Sonderkorrespondenten.)
Genf, 7. März. (Radiotelegramm.)

Die zur heute beginnenden Tagung des Völkerbundrates eingetroffenen Delegierten haben den hier tagenden Sonntag nicht ungenutzt vorbegehen lassen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die einmündigste Unterredung des deutschen Außenministers Dr. Stresemann mit Briand in dessen Kabinett im „Hotel des Russes“. Vorher war Stresemann von Chamberlain empfangen worden. Über den Inhalt der Besprechung hat sich Briand bei einem Empfang der französischen Journalisten äußert zurückhaltend ausgeprochen, indem er darauf hinwies, daß man die verschiedenen Fragen, die auf der Tagesordnung der Konferenz stehen, durchgegriffen habe, ohne Beschlüsse zu fassen. Das sei das Prinzipium des Abtes.

Da Briand nach Stresemann auch den polnischen Außenminister zu einer längeren Besprechung empfing, liegt die Annahme nahe, daß der französische Außenminister sich ebenfalls um eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland bemüht, denn wie der Berliner „Volkshblatt“ berichtet, ist in seiner Sonntagssprache richtig betont, ist Briand keineswegs der Ansicht, daß ein Konflikt zwischen Polen und Deutschland die französisch-polnische Freundschaft gefährdet. Er hält den deutsch-polnischen Ausgleich vielmehr ebenso wichtig zur Erhaltung des europäischen Friedens, wie die deutsch-französische Verständigung, und ist deshalb ebenfalls bereit, in bezug auf die Streitfragen zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln. Das gilt vor allem für den Konflikt über die deutschen Minderheitsfragen in Polens-Obergalizien. Auch auf französischer Seite vertritt man hinsichtlich dieser Frage die Ansicht, daß die polnische Regierung dem Vertrag zufolge kein Recht habe, über die Nationalität der Kinder eine Untersuchung zu veranstalten.

Andrerseits aber, das soll auch die Ansicht des Direktors der Minderheitsabteilung des Völkerbundsekretariats sein, zeigt sich die französische Delegation geneigt, die polnische Forderung gegen die Erhebung von Kindern zum polnischen Staatsbürger mit rein politischer Sprache für die besten Minderheitskinder unterstützen zu wollen. Es wird angenommen, daß die Einigung nicht sehr schwer sein wird, da das Recht der deutschen Minderheit in Polens-Obergalizien Schulen zu unterhalten, auch von Polen nicht bestritten werden kann und der polnische Außenminister am Sonntag bei den vorbereiteten Anlässen den Wunsch zum Ausdruck gebracht hat, die abgerufenen deutsch-polnischen Abden möglichst umgehend wieder anzuschließen.

Wichtigster noch als eine Klärung der deutsch-polnischen Streitpunkte ist die Regelung der deutsch-französischen Angelegenheiten. Wie der Sonderkorrespondent des „Volkshblattes“ hierzu aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist Briand der Ansicht, daß der Schlüssel der Regierungskommission des Saargebietes, an Stelle der französischen Besatzungstruppen eine 500 Mann starke Einheitswehrmacht mit zivilem Charakter zu setzen, das Hauptziel ist, dem er unter den gegenwärtigen Umständen zustimmen will und kann. Diese Ansicht dürfte er am Sonntag auch gegenüber dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann geäußert haben, nachdem ihm dieser noch einmal die Ansicht Deutschlands über das Saargebiet dargelegt hat. Die französische Regierung beruft sich bei ihrer Stellungnahme auf § 8 des Abkommens von Versaillen, bei der Saar-Regierungskommission ermächtigt, mit einfacher Mehrheit die verschiedenen Bestimmungen über das Saargebiet zu interpretieren, und welcher die Befehlshaber für Frankreich und Deutschland konsistorisch macht. Die internen Besprechungen über die Saarprobleme sind immerhin noch nicht abgeschlossen.

Die lange Unterredung zwischen Briand und Stresemann war nach mehreren Informationen von einem äußerst freundlichen Tone getragen, aber es kann trotzdem kein Zweifel darüber sein, daß die Rückkehr der monarchistischen Nationalen zur Regierung in Deutschland viel tiefer greift hat, als man bisher anzunehmen Anlaß hatte. Das gilt vor allem von den letzten Reden des Grafen v. Helldorf, Briand hat dem deutschen Reichsaussenminister keinen Zweifel darüber geäußert, daß die Erklärungen des parlamentarischen Führers der stärksten deutschen Regierungspartei geeignet sind, das Vertrauen zu zerstören und Hindernisse zu schaffen, die man für immer ausgeschaltet glaubt. Es verleiht zum Beispiel, daß Briand insbesondere die Stelle der höchsten Westarp-Mittel, die nach seiner Auffassung einen offenen Appell an gewisse autonomistische Bestrebungen im Elsass enthält, als sehr schwerwiegend bezeichnet hat. Jedenfalls dürfte auch Stresemann aus der Unterredung mit dem französischen Außenminister entnommen haben, wie hemmend die Unwissenheit der deutschen Monarchisten in der Meinung ist. Die Locarno-Politik wird nach der ausdrücklichen Erklärung Briands zwar weitergeführt, aber es kann kein Zweifel darüber bestehen,

daß gewisse Früchte langsamer reifen, als man es noch vor einem Monat hoffen durfte.

Paris über die deutschen Aus-sichten in Genf.

Paris, 7. März. (Radiotelegramm.)

Die Mehrzahl der Blätter ist über die praktische Bedeutung der Besprechungen, die in Genf zwischen Briand und Stresemann stattfinden können, sehr optimistisch und glaubt nicht, daß mindestens in absehbarer Zeit eine praktische Veränderung in den deutsch-französischen Beziehungen dadurch herbeigeführt werden könnte. (1) Es besteht kein Zweifel, meint der „Rein Parisien“, daß zahlreiche Fragen, die bereits in 24 Stunden zwischen Briand und Stresemann aufgeworfen wurden, in Genf wieder ange-schnitten werden, aber Briand wird diesmal nicht verfallen, Stresemann auf die wiederholten und kategorischen Erklärungen des Grafen v. Helldorf hinzuweisen, die die Atmosphäre in beiderseitiger Weise gekühlt hätten. Obwohl Helldorf dem Kabinett nicht entgegen, müsse man freundschaftlicher Weise doch in Rechnung ziehen, daß er einer der Geister einer der führenden, und zwar der größten Regierungspartei sei. Es sei deshalb unbedingt nötig, daß die Zweideutigkeit, die damit über der Stresemannschen Politik lagert, geklärt wird, die man zu weiteren Verhandlungen freieren Sinne. Ob dies in Genf der Fall ist, sei außerordentlich unklar, jedenfalls. Stresemann habe bereits seit einem Monat Berlin verlassen und den nächsten Kontakt mit seinem Ministerkollegen verloren. Ebenso sei es nach französischer Ansicht nicht möglich, die Rechte zu erweitern, solange nicht die Bedingungen des am 1. Februar abgeschlossenen Entwurfsabkommens erfüllt seien. Aus alledem geht hervor, daß die Besprechungen nur einen rein administrativen Charakter behalten wird, und wenn nicht der Präsident der tschechoslowakischen Republik Majoral am Donnerstag in Genf eintreffen würde, so hätte Briand bereits an diesem Tage in Paris zurück sein können, aber er legt Wert darauf, den Präsidenten Majoral persönlich zu begrüßen.

Bei dieser Sachlage kann von einer für Deutschland bedeutungsvollen Klärung noch nicht gesprochen werden. Allerdings wird die bedeutungsvoll insofern werden, als sich ergeben wird, daß die Teilnahme der Deutschen an der Reichsregierung das beste Mittel ist, die fortschreitende Meinland-Räumung zu verhindern. Locarno wird illusorisch gemacht, indem die Konsequenzen der Locarno-Politik verhindert werden. Helldorf wird vollends zu einer harten, wenn Briand mit dem Reichsaussenminister eines deutschen nationalen Kabinetts gegenüber seine Freundschaffsbegehrte mehr übrig haben. Er ist nach Genf gekommen, um Stresemann offiziell zu empfangen, um zu sagen, daß Frankreich angelegentlich des deutschen Regierungswechsels sehr miträuschlich ist, und um darum, nach Begründung des tschechoslowakischen Präsidenten Majoral, wieder nach Paris zurückzugehen.

Frankreich hat Frankreich sein militärisches Verteidigungs-system gegen Deutschland aus, befindet sich insbesondere Straßburg und Metz und merkt sich, daß neben dem Herrn v. Helldorf, der Führer der stärksten deutschen Regierungspartei, es ummaurum: Die Politik des Weidwürgelbols wirkt Wunder. Man darf sehr stolz auf die politischen Hauptwerke unserer Westarpier, Stresemann und Marxinger sein. Die deutsche Schule und das deutsche Geistesleben den römischen und deutschen Pfaffen ausliefern und das Rheinland nach ein Jahrzehnt dem fremden Militarismus überlassen, das sind die beiden Hauptfehler der Politik der Regierung Marx-Engel, auf die das deutsche Volk wirklich stolz sein kann.

Nächste Ratstagung in Berlin?

Genf, 7. März. (Radiotelegramm.)

Es ist höchst wahrscheinlich, daß die nächste Ratstagung im Juni in Berlin unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Chamberlain stattfinden wird.

(Siehe auch Seite 3.)

Volkstentscheid.

Genf, 7. März. (Radiotelegramm.)

Bei dem gestrigen Volkstentscheid zur Staatsratswahl in Genf waren insgesamt abgestimmt 2429 Stimmen. Davon mit Ja 2078 und mit Nein 351. Invalide waren 990 Stimmen. Der Volkstentscheid hätte zu seinem Ziel einen 27 983 Stimmen erford. Er ist somit gescheitert.

Das neue Österreich.

A. W. Halle (Saale), 7. März.

Der Weltkrieg hat an keinem anderen Lande so tiefgreifende Veränderungen vorgenommen wie an dem ehemaligen habsburgischen Monarchie. Dieses Reich, das einst auf dem europäischen Kontinent herrschend war, in dessen Hauptstadt Wien die letzten kaiserlichen Räte residierten, vor deren Macht sich die kaiserliche Österreich-Ungarn, das ja nie ein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat war, ist teils in mehreren Nationalstaaten ausgegangen, teils sind Gebiete, die früher schon bestehende Staaten abgetrennt. Einer der neugebildeten Nationalstaaten ist Österreich. Neben dieses neue Österreich sprach am Sonntagabend der tschechoslowakische Botschafter der Universität Professor Dr. Wittmaier (Wien).

Das Staatsgrundgesetz vom 12. November 1918 erklärte Österreich-Länder mit einem Gebiete von 130.000 Quadratkilometern und zehn Millionen Einwohnern zum Reich der deutschen Republik. Dieses Österreich sollte in sämtlichen Gebieten der Tschechoslowakei und auch die deutschen Sprachinseln, wo sie auch liegen mochten, in sich vereinigen. Wäre dieser Wunsch in Erfüllung gegangen, so hätte wir ein Österreich, das mehr als 120.000 Quadratkilometer Land mit mehr als zehn Millionen Menschen umfaßt. Der von den Ententeallianzen aufgetragene Staatsvertrag von St. Germain machte aber einen Schritt zurück, indem es nur 80.000 Quadratkilometer mit 6 1/2 Millionen Einwohnern. Auch andere Wünsche, die in dem genannten Staatsvertrag zum Ausdruck gekommen waren, wie zum Beispiel das Selbstbestimmungsrecht des Völkergesamtes, gingen nicht in Erfüllung.

Das Gesetz vom 12. November 1918 erklärte Österreich-Länder zur demokratischen Republik, erklärte es aber auch zugleich zur deutschen Republik. Der Vertrag von St. Germain sollte aber eine Entschädigung, die darauf keine Rücksicht nahm. In diesen Vertrag ist aber doch das nationale Selbstbestimmungsrecht, das im absoluten Anschlußherbst ist auch aus ihm nicht herauszulassen, es werden noch einige Clappen offengeblieben. Der Vertrag von St. Germain ist aber nicht mehr die einzige Stelle, aus der man die Verpflichtung Österreichs, seine Selbstständigkeit zu wahren, herauslesen kann. Bei der Begehung der neuesten Auslandsanträge hat man sich neue Zifferungen geben lassen.

Bei der Abhebung der Grenzen Österreichs durch den Staatsvertrag von St. Germain nicht mehr daran zu denken, daß die tschechoslowakische Gebiete Österreichs verlassen wurden. Umgekehrt Niederösterreich mußte, wenn auch nicht sehr umfangreiche Teile, an die Tschechoslowakei abgeben. Etwas besser sieht es mit der deutschen Sprachengruppe aus. Die Österreich vor der bedeutenden Hinterland, und das es ist um die wichtige Steiermarken Österreichs handelt, war dies schlimm. Auch Kärnten verlor wichtige Gebiete. Am schlimmsten kam Tirol vor, es verlor seine Ostliche Gebiete, die Hälfte davon ist heute tschechoslowakisch. Zur Entschädigung gegen Deutschland wurden alle Italien vorgelagerten Gebiete zu Italien geschlagen.

Das neue Österreich ist eine durch und durch künstliche Konstruktion. Die neue Staatsverträge wurde durch den Vertrag von St. Germain gleich ein Stück Verfassung mit auf den Weg gegeben, und zwar in bezug auf die Rechte der Minderheiten. Sowohl in Rom wie in Belgien liegen heute in den Parlamenten Vertreter dieser deutschen Minderheiten.

Das neue Österreich ist mit seinen 6 1/2 Millionen Einwohnern an Zahl etwas geringer, an Flächeninhalt etwas größer als Bayern. Ein Drittel der Bevölkerung entfällt allein auf Wien. Vor allem Dingen sind die Vorteile der Wirtschaftspolitik verloren gegangen, besonders das Zusammenwirken von Industrie und Landwirtschaft. Die Frage der Staatsform war in Österreich tschechoslowakischer Angelegenheiten gegeben als in Deutschland, es konnte nicht anderes in Frage kommen, als die demokratische Republik. Parlamentarismus ist in Österreich ein Zwei-Parteien-System. Das ist ein grundlegendes Inneres zwischen Österreich und Deutschland. Das österreichische Parlament ist zu drei Vierteln tschechoslowakisch und zwei Fünftel deutsch-tschechoslowakisch. Die bürgerliche aristokratisch-sozialistische Partei tritt sich in der Hauptstadt auf Kleinbürger und Landwirte. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß sich neue kleinere Parteien bilden können. Die Sozialdemokratie übt mit ihren 40 Prozent einen sehr erheblichen Einfluß auf die Geschichte des Staates aus, ihr Hauptitz ist Wien, das einen Staat für sich bildet. Neben Wien begeben dann noch weitere acht Kronländer, der föderalistische Charakter hat in Österreich immer noch die Oberhand und wird sich schwer verdrängen lassen. Gegen Wien besteht bei den übrigen Kronländern eine starke Abneigung, da sich das in diesen Ländern dominierende Kleinbürgertum und vor allem Dingen die Landwirte gegen eine sozialdemokratische Herrschaft mehren.

Die Regierungsbildung vollzieht sich in Österreich verhältnismäßig leicht als in Deutschland. Es gibt dort keine langen Kriegen. Der Bundespräsident kann überhaupt keine Kräfte, denn er wird vom Parlament gewählt. Wählbar sind Sozialdemokraten und tschechoslowakische Kräfte, das ist eine wesentliche Beschränkung der gegenständlichen Reichsentscheidungen. Auf der gegenständlichen Reichsentscheidungen kann erreichen läßt. Auf

